bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN

Der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. In ganz Bremen mussten tausende Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen Aufräumarbeiten nach Luftangriffen leisten. Daran erinnert der Gedenkstein auf dem Gelände der früheren Hindenburgkaserne in der Bremer Neustadt, siehe Foto links mit unserer Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp. Andere sollten, wie am Bunker Valentin, die deutsche Rüstungsindustrie voranbringen. Ihrer Opfer gedenken wir. Denn wir werden sie nicht vergessen – wir dürfen sie nicht vergessen!

SOLIDARISCHE PANDEMIEBEKÄMPFUNG BRAUCHT TRANSPARENZ UND DISKUSSION!

Von Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende SPD LAND BREMEN

Wir haben in Bremen gemessen an anderen Bundesländern günstige Corona-Zahlen. Trotzdem ist es auch weiterhin erforderlich, unsere Kontakte drastisch einzuschränken. Die Zahl der Infektionen ist immer noch viel zu hoch, auch bei uns. Und Mutationen des Virus bedrohen uns zusätzlich. Die Corona-Regeln leiten sich aus der Infektionsentwicklung und den Empfehlungen der Fachleute ab. Und selbstverständlich macht es Sinn, eine bundesweit einheitliche Strategie zu verfolgen. Bremen reiht sich da solidarisch ein. Wenn Extrawürste gebraten werden, sind es meist Weißwürste.

Zur Glaubwürdigkeit einer Corona-Strategie gehört zwingend die Transparenz über Hintergründe der getroffenen Maßnahmen. Der Wunsch vieler Menschen nach Lockerung der Beschränkungen, nach mehr Begegnungen, kulturellen Veranstaltungen und Reisen ist verständlich. Umso wichtiger ist es, für Verständnis zu sorgen. Nur wenn es gelingt, die Bevölkerung auch mitzunehmen und von der grundlegenden Sinnhaftigkeit der Maßnahmen zu überzeugen, kann die Strategie auch erfolgreich umgesetzt werden. Hier haben wir alle, hier hat die SPD eine besondere Verantwortung. Ich war beeindruckt, als über 650 Menschen über den SPD-Server mit unserer Kinder- und Bildungssenatorin Claudia Bogedan diskutiert haben. Wir werden mehr solcher Angebote schaffen.

Wir müssen dabei auch deutlich machen: Es gibt kein Schwarz oder Weiß in dieser Debatte, kein Richtig oder Falsch. Wenn schnell und einheitlich reagiert werden muss, ist im Vorfeld wenig Raum für umfassende Diskussionsprozesse. Umso wichtiger ist es, dass wir uns klarmachen, dass es unterschiedliche Interessen gibt, die miteinander abgewogen und zu einem Ausgleich gebracht werden müssen. Das ist auch eine politische Entscheidung, die gemeinsam zu tragen ist und die deshalb auch zur Diskussion gestellt werden muss.

Das wird am Beispiel unserer Kitas und Schulen besonders deutlich. Klar macht es Sinn, auch dort soziale Kontakte einzuschränken, um eine Verbreitung des Virus zu erschweren, klar möchten die Kolleginnen und Kollegen sich und ihre Familien bestmöglich vor einer Infektion schützen. Gleichzeitig wissen wir, wie wichtig der Besuch unserer Bildungseinrichtungen für die Kinder und Jugendlichen ist. Und keineswegs nur für ihre Bildungschancen, sondern auch aus gesundheitlicher Sicht.

Kinder und Jugendliche bilden eine Risikogruppe, die bislang noch ungenügend im Blick ist. Kinder und Jugendliche sind von Corona körperlich nicht im Ansatz so bedroht wie ältere Menschen. Gleichzeitig wirken die Lockdown-Maßnahmen erheblich auf ihren Alltag und auf ihr Befinden ein. Wenn Kinder kaum noch Kontakt zu Gleichaltrigen und Freunden haben, sind u. a. Bewegungsmangel, Gewichtszunahme, Schlafstörungen und Konzentrationsschwäche die Folge. Jede Kinderärztin und jeder Kinderarzt kennt Familien, in denen Kinder ohne Spielsachen und Bücher auf engstem Raum zu Hause sind. Jugendämter berichten von zunehmendem innerfamiliärem Druck und erhöhter Gefahr für das Kindeswohl. Kinder sind besonders gefährdet, wenn ihre sozialen und medizinischen Probleme nicht wie sonst in Gemeinschaftseinrichtungen gesehen werden. Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen sind nach aktuellem Wissensstand keine Treiber der Pandemie. Gleichzeitig sind Schulen und Kitas für Kinder systemrelevant. Es ist richtig, dass wir unsere Kitas und Schulen nicht vollständig schließen, auch wenn der Besuch eingeschränkt wird. Und wir sollten den uneingeschränkten Besuch schnell wieder ermöglichen, wenn es das Pandemiegeschehen zulässt. ■

DER ZUGANG ZU BILDUNG MUSS GESCHÜTZT WERDEN – KITA UND SCHULE IN ZEITEN VON CORONA

Von Claudia Bogedan, Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen

FOTO: ADOBE STOCK

Die Pandemie verlangt uns allen sehr viel ab – das betrifft die gesamte Gesellschaft, auch Kinder und Jugendliche. Die Lage zwingt uns immer wieder in ein situationsbedingtes Handeln. Es ist dabei notwendig den Infektionsschutz und die Interessenslagen der Kinder- und Jugendlichen, Eltern und Familien ständig abzuwägen. Junge Menschen haben ein Recht auf ein insgesamt gutes Aufwachsen in der Gesellschaft, auf Teilhabe und gute Bildung. Sie brauchen so viel Bildungszeit wie möglich – in der Kita und in der Schule. Diese Institutionen sind systemrelevant. Wir Erwachsenen müssen uns in unseren Kontakten einschränken, damit unseren Kindern so viel Teilhabe und gemeinsame Lernzeit wie möglich geboten werden kann. Wir wissen aus der Zeit der Schul- und Kitaschließungen im vergangenen Frühjahr: Kinder und Jugendliche haben darunter gelitten. Dabei geht es nicht allein um das Wissen und die schwer aufzuholende Bildungszeit, die sich nachteilig auf die Bildungs- und Erwerbsbiographie auswirken, sondern auch auf die für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen notwendigen sozialen Kontakte, um psychische und weitere gesundheitliche Probleme, die Belastungen von Eltern und Familien und ein erhöhtes Risiko von Misshandlungen. Unsere Gesellschaft muss Kinderrechte wahren und respektieren. Mit dieser Grundhaltung agieren wir in Bremen seit März 2020.

Natürlich müssen wir auch dem Infektionsschutz gerecht werden und die notwendigen Hygiene- und Schutzmaßnahmen in Kitas und Schulen ergreifen. Bremen hat dazu schul- und kitascharfe Maßnahmenpläne vorgelegt, die das regionale Infektionsgeschehen und die Situation direkt vor Ort – beispielsweise die Anzahl von Infizierten und in Quarantäne befindlichen Schüler:innen und Beschäftigten, allgemeine Personalsituation, räumliche Bedingungen in einer Schule / Kita – einbeziehen. In enger Anlehnung an dieses Bremer Modell wurde vom Bundesministerium für Familie ein Konzept zur Wiedereröffnung von Kitas entwickelt und wird in der ersten Februarwoche während der Sitzung der Jugend- und Familienminister vorgestellt. Bremen ist Vorreiter.

Die Ängste von Kindern, Jugendlichen, Eltern und von Beschäftigten im Schul- und vor allem im Kitabereich sind groß, insbesondere die Mutationen betreffend. Wir verstehen das und nehmen Ängste sehr ernst. In unseren Kitas gilt bis zum 14. Februar die Reaktionsstufe 3 (Notbetreuung), in Schulen zum größten Teil Wechsel-Unterricht mit der Möglichkeit einer Notbetreuung und – so schreibt es der Beschluss der Ministerpräsident:innen und der Kanzlerin vor – bei ausgesetzter Präsenzpflicht.

Die Teststrategie für Kitas und Schulen in der Stadt Bremen ist umfassend. In detaillierten Prozessbeschreibungen für Kita und Schule wird dargestellt, was jeweils im Infektionsfall für Kinder, Schüler:innen und Beschäftigte zu tun ist. Seit Juni 2020 besteht für alle Beschäftigen in Schule und Kitas die Möglichkeit, sich testen zu lassen, Reihentestungen an Schulen wurden vorgenommen. In der Zeit vom 7. bis 17. Januar 2021 wurde allen Schülerinnen und Schülern sowie Beschäftigten an Schulen und Kitas der Stadt Bremen ein PCR-Test angeboten. Dieser Test-Marathon wurde von Wissenschaftlern des Leibniz-Instituts für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) ausgewertet. Bei 18.445 auswertbaren Proben wurden 58 Positiv-Fälle festgestellt – 46 Schüler:innen und 12 Beschäftigte. Fazit von Prof. Hajo Zeeb vom BIPS: „Die vorliegenden Daten bestätigen aus unserer Sicht, dass Kinder und Jugendliche am allgemeinen Infektionsgeschehen teilnehmen, ohne dass sie in besonderem Maße andere Infektionshäufigkeiten ausweisen als die Gesamtbevölkerung…“ Bremen ist Vorreiter bei den Massentestungen und wird künftig regelmäßige Radartestungen in Kitas und Schulen anbieten, um die Pandemielage besser einschätzen zu können.

Im Hinblick auf Distanz- und Hybrid-Unterricht schreitet die Digitalisierung der Schulen des Landes Bremen voran. Meine Behörde hat alle Schulen mit ipads für alle Lehrkräfte sowie Schüler:innen ausgestattet. Es gibt zudem Lösungen für Schüler:innen, die zu Hause kein WLAN haben. Die landesweite Plattform itslearning läuft stabil, bei derzeit über 500.000 Anmeldungen pro Tag. Wir arbeiten seit fünf Jahren mit diesem System und haben eine Menge Erfahrungen gesammelt. Das haben wir anderen Bundesländern voraus. Mit einer zusätzlichen datenschutzkonformen Videokonferenzlösung verfügen unsere Schulen über gute technische Voraussetzungen. Und das gilt nicht nur für die technische Ausstattung, sondern auch für Fortbildungen, Didaktik und Content. Allein von August bis Dezember 2020 fanden für die Bremer Lehrkräfte rund 130 Online-Fortbildungen zum Thema Digitalisierung mit über 11.000 Teilnehmer:innen statt. Die Grundlagen für den Distanz- und Hybrid-Unterricht hat meine Behörde schon im Juli 2020 gelegt mit Handreichungen, die gemeinsam mit Lehrkräften an Schulen entwickelt worden sind. Das digitale Gesamtkonstrukt wächst.

Trotz all dieser Voraussetzungen sind die Beeinträchtigungen durch die Pandemie extrem. Die schwierigen Voraussetzungen vieler Kita-Kinder, Schüler:innen und ihrer Familien haben sich verschärft. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die von Risikolagen (niedriges Einkommen, niedriger Bildungsabschluss, Erwerbslosigkeit) betroffen ist, ist sehr hoch. Die bildungspolitischen und sozialintegrativen Aufgaben mit einer vielfältigen und inklusiven Schülerschaft sind erheblich und in der Pandemie gewachsen. Ohne das riesige Engagement in Kitas, Schulen und in meiner Behörde, das weit über das Limit hinausgeht, wären die Aufgaben nicht zu bewältigen. ■

ZUR PERSON:

FOTO: SENATORIN FÜR KINDER UND BILDUNG

Dr. Claudia Bogedan ist seit Juli 2015 Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen. Die in Limburg an der Lahn geborene Sozialwissenschaftlerin war zuvor von 2011 bis 2015 Abteilungsleiterin Forschungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Seit 2002 ist sie Mitglied der SPD. Claudia Bogedan ist verheiratet und hat zwei Kinder.

ZU DIESER AUSGABE:

Vieles ist in Corona-Zeiten nicht vorhersehbar und die Nachrichtenlage kann sich schnell ändern. Ein gedrucktes Magazin kann diese Dynamik nicht immer abbilden.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war Mittwoch, 3. Februar 2021.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Marieke Meinhart (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

KITA UND SCHULE IN ZEITEN VON CORONA

Ein Gastbeitrag von Dr. Stefan Trapp, Kinder- und Jugendarzt in Huchting

Kinder und Jugendliche gehören zu den Verlierern der Corona-Pandemie – und zwar besonders dann, wenn sie in gesellschaftlich ohnehin benachteiligten Verhältnissen aufwachsen. Schon nach wenigen Monaten im „Teil-Lockdown" zeigen sich erhebliche Folgen für ihre körperliche und seelische Gesundheit. Während für Kinder und Jugendliche selbst nur ein geringes Risiko besteht, schwer an COVID zu erkranken, sind Erzieher*innen und Lehrer*innen häufig besorgt über ihr Infektionsrisiko am Arbeitsplatz. Dieser Konflikt ist eine große Herausforderung für eine soziale und gerechte Bildungs- und Gesundheitspolitik. Vor allem Kinder, deren Eltern sie nicht gut unterstützen können, profitieren von einem guten Lernumfeld in Kita und Schule. Forderungen nach einer guten „Schule für alle", nach Ganztagsangeboten und einem umsetzbaren Anrecht auf Kita-Plätze dürften daher viele Leser*innen teilen.

In der Praxis sehe ich täglich, dass Probleme wie Übergewicht und Koordinationsstörungen aktuell zunehmen. Kleine Kinder machen Rückschritte in ihrer Sprachentwicklung – vor allem natürlich in der deutschen Sprache, wenn diese zuhause nicht gesprochen wird. Der Medienkonsum nimmt oft beängstigende Ausmaße an – vor allem bei Jugendlichen mit sozialer Ängstlichkeit oder vorbestehendem Schulvermeidungsverhalten machen wir uns große Sorgen. Die Kinder erzählen manchmal, wie gut der Distanzunterricht klappt oder wie gut sie sich auch zuhause von ihren Lehrer*innen unterstützt fühlen. Viele Familien berichten aber auch von Überforderung und Streit. Gerade kleine Kinder ohne Geschwister vereinsamen. Alle vermissen ihre Freunde, ihre Erzieher*innen und Lehrer*innen. Die Forschung hat in den letzten Monaten die gravierenden gesundheitlichen und psychischen Folgen der Pandemie bei Kindern eindrucksvoll belegt. Genau so ist belegt, dass jeder Monat Bildungsverlust zu einer messbaren Senkung des erzielbaren Lebenseinkommens führt.

Es gibt also sehr gute Gründe, Schulen und Kitas so lange es geht offen zu halten – zumal die Kinder in ihren Rechten ja im Wesentlichen nicht zu ihrem eigenen Schutz eingeschränkt werden. Dabei wissen wir, dass bislang Schulen und Kindergärten keine große Rolle bei der Corona-Verbreitung spielen. Infektionen kommen auch hier vor, werden aber meist von außen eingetragen. Trotzdem muss der Infektionsschutz auch der hier Arbeitenden sehr ernst genommen werden. Es gibt vielerorts gute Hygienekonzepte, die natürlich neuen Erkenntnissen immer wieder angepasst werden müssen.

Ich erlebe auch die große Sorge von Lehrer*innen, Erzieher*innen und Eltern um die eigene Gesundheit und darum, vielleicht Angehörige anstecken zu können. Das kann ich sehr gut nachvollziehen, denn genau diese Sorgen machen wir uns in unserem Praxisteam tatsächlich auch jeden Tag. Trotzdem können wir aus der Praxis nicht ins Home-Office ausweichen – wie viele andere „systemrelevante" Berufe auch nicht. Die Pandemie zeigt eindrucksvoll, wie elementar wichtig Kita und Schule, und damit die Arbeit der Erzieher*innen und Lehrer*innen, gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche ist. Dafür „systemrelevant" sind Verlässlichkeit, Struktur und Präsenz, die wir im Sinne der Kinder so weitgehend wie verantwortbar aufrecht erhalten müssen. ■

ZUR PERSON:

FOTO: PRIVAT

Dr. Stefan Trapp ist Landesvorsitzender des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (bvkj) und Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung in Bremen. Seit über 20 Jahren ist er in einer Gemeinschaftspraxis in Bremen-Huchting niedergelassen.

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie zum Thema:
https://tinyurl.com/4z5cakk9

ANZEIGE

INFO

FRAKTION IM NETZ

Carsten Sieling und Svenja Schulze bei Facebook

Die Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ legt im Frühjahr einen Zwischenbericht vor. Darüber wollen wir sprechen. Wie sind die Ergebnisse zu bewerten? Was muss bis zum geplanten Ende der Kommission Ende dieses Jahres noch besprochen werden? Was kann Bremen selbst gegen den Klimawandel tun – und wo sind Schritte auf Bundesebene oder sogar auf Ebene der EU notwendig?
Darüber spricht der stellvertretende Vorsitzende und Obmann der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission, Carsten Sieling, mit einem prominenten Gast: Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Zu sehen ist das Gespräch am 24. März 2021 zwischen 19 und 20 Uhr auf der Facebook-Seite der SPD-Fraktion.

www.facebook.com/spd.fraktion.bremen

FOTO: SPD-FRAKTION

Studierenden soll in der Corona-Pandemie weiterhin geholfen werden.

HILFE FÜR STUDIERENDE

Bürgerschaft bringt Gesetz auf den Weg, das unter anderem durch individuelle Regelstudienzeit längeren BAföG-Bezug ermöglicht

Studierenden soll in der Corona-Pandemie weiterhin geholfen werden. Aus diesem Grund hat die Bürgerschaft im Januar einen Gesetzentwurf in erster Lesung beschlossen, der für sie im Land Bremen eine Reihe von Verbesserungen bereithält. „Den wohl entscheidendsten Punkt bildet dabei die Regelung zum BAföG“, betonte Janina Brünjes, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Die sogenannte individuelle Regelstudienzeit kann um zwei Semester verlängert und die Studierenden können somit abgesichert werden. Denn BAföG-Leistungen können nun unbürokratisch weitere Semester ausgezahlt werden.“

Zudem werde durch den Gesetzentwurf die Möglichkeit eröffnet, die Regelung per Verordnung pandemiebedingt auch noch um ein weiteres Semester zu verlängern. „Wir finden es richtig, dass hiermit auch die Förderungshöchstdauer in Gänze berücksichtigt ist“, so die Sozialdemokratin weiter.

Weitere Regelungen betreffen die Prüfungen. Diese werden, ähnlich wie Seminare und Vorlesungen, nahezu komplett digital abgehalten. Neben Fristen und Freiversuchen regelt der Gesetzentwurf auch ein sensibles Thema: den Datenschutz. „Ein großer sozialdemokratischer Erfolg ist die gesetzliche Regelung von digitalen Prüfungsformaten“, erklärt Brünjes. „Die Hochschulen im Land Bremen haben bei der Digitalisierung der Lehre mit finanzieller Unterstützung des Landes Großartiges geleistet. Bei digitalen Prüfungsformen gibt es bislang aber eine Regelungslücke.“

„Als SPD-Fraktion haben wir daher bereits im Dezember eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, in der wir wissen wollten, wie etwa Fragen der Identifikation oder des Verhinderns von Täuschungsversuchen auch und vor allem im Kontext des Datenschutzes geregelt werden können“, erklärte Brünjes. „Dies hat nun bereits Erfolg gezeigt – zukünftig wird dies durch das Wissenschaftsressort oder die Hochschulen selbst geregelt. Damit macht die Digitalisierung der Lehre einen weiteren wichtigen Schritt, und es werden die Grundlagen für rechtssichere digitale Prüfungsformate geschaffen.” ■

MEHR KINDERKRANKENTAGE AUCH NACH CORONA

Bürgerschaft will dauerhafte Verdopplung

Ist ein Kind krank, das jünger als 12 Jahre ist, haben Arbeitnehmer*innen Anspruch auf eine Freistellung von der Arbeit. Sie erhalten sogenannte Kinderkrankentage. Im Zuge der Corona-Pandemie ist der Anspruch auf diese Leistung jüngst ausgeweitet worden. Er gilt nun auch, wenn das Kind aufgrund pandemiebedingt geschlossener Schulen oder Kitas zu Hause betreut werden muss. Vor allem aber wurde die Zahl der Tage von zehn auf 20 Tage pro Elternteil erhöht, Alleinerziehende erhalten doppelt so viele Tage. Die Bürgerschaft hat einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der zum Ziel hat, dass diese Erhöhung über das Jahr 2021 hinaus dauerhaft gilt.

Im europäischen Vergleich bewege Deutschland sich nur noch im Mittelfeld, berichtete die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer. So könnten Eltern in Schweden 150 Kinderkrankentage nehmen, in Frankreich seien es 22, in Polen 60. Und auch in Deutschland habe es auch schon vor der Pandemie eine Diskussion über eine Erhöhung dieser Zahl gegeben. Denn bei der häufigen Zahl an Infektionen im Kleinkindalter reichten die bisherigen zehn Tage bezahlte Betreuungszeit oft nicht aus. In der Folge würden Kinder in die Kita gebracht, obwohl sie eigentlich noch krank seien oder Eltern meldeten sich selbst krank, was bei einer späteren eigenen Erkrankung gravierende Folgen haben könne. Zudem bräuchten Kinder bei schweren Krankheitsverläufen auch zwischen dem 12. und 14. Lebensjahr sowie Kinder mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen auch im jugendlichen Alter oft noch Betreuung durch die Eltern.

Entsprechend soll der Senat sich nun auf Bundesebene für eine dauerhafte Erhöhung und eine entsprechende Ausweitung der Kinderkrankentage und damit ein Heranrücken an die europäischen Nachbarn einsetzen. „Kinderkrankentage sind eine zentrale familien- und arbeitsmarktpolitische Errungenschaft, sie tragen einen wesentlichen Teil zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei“, so Pfeiffer. „Das wollen wir ausbauen und stärken, daher ergreifen wir hier die Initiative und setzen uns für eine Beibehaltung der aktuellen Ausnahmeregelung ein.“ ■

FOTO: POLINA-TANKILEVITCH/ PEXELS

Eltern sollen mehr Tage zur Betreuung kranker Kinder freigestellt werden